

# Dodesheider sorgen sich um Leerstand

## Diskussion im Bürgerforum

hmd **OSNABRÜCK.** Bisweilen klang es sogar idyllisch: Von einem „zarten Pflänzchen, das gehegt und gepflegt“ werden müsse, war beim Bürgerforum Dodesheide, Haste, Sonnenhügel die Rede. Gemeint waren die ersten Bemühungen um die Zukunft eben jener etwa 400 Wohnungen in der Dodesheide, die nach dem Abzug der britischen Armee frei werden.

„Wir machen uns über die leer stehenden Blöcke Sorgen“, sagte Dr. Gerald Jüttner, Sprecher der neu gebildeten Interessengemeinschaft Walter-Haas-Straße (IG). Die hat mittlerweile zwei Interessenten für die Wohnungen an der Schlesischen Straße gefunden, die sich noch im Eigentum der Wohnungsbaugesellschaft Gladbau mit Sitz in Mönchengladbach befinden. Die potenziellen Investoren hätten bereits den Kontakt gesucht, so Jüttner. Mit weiteren Gesprächen sei Mitte Juli zu rechnen.

Die IG hofft auf Unterstützung durch die Verwaltung und läuft bei Boris Pistorius offene Türen ein: „Das ist Bürgerbeteiligung, wie man sie sich wünscht“, so der Oberbürgermeister, der die Konversion – die Umwandlung der britischen Flächen

in eine zivile Nutzung – zur Chefsache erklärt hat.

Wie ist der Stand der Dinge? „Die Stadt wird die Wohnungen nicht erwerben“, sagte Pistorius. Auch könne die Verwaltung keinen Einfluss nehmen, an wen der Eigentümer die Wohnungen vermiete oder verkaufe. Verwaltung und Politik würden aber in Zusammenarbeit mit einem möglichen Investor planungsrechtlich Rahmen-

*„Bürgerbeteiligung,  
wie man  
sie sich wünscht“*

**Oberbürgermeister  
Boris Pistorius**

bedingungen für eine „aufge-lockerte, entspannte Bebauung“ schaffen, versprach Pistorius. Ein Mittel für den Extremfall hat die Stadt laut Fachbereichsleiter Franz Schürings noch in der Hand: Mit einer Veränderungssperre könnten Bebauungspläne bis zu vier Jahre auf Eis gelegt werden.

Pistorius sprach sich zudem für das Bauvorhaben an der verlängerten Knollstraße aus, dessen Planungsstand zur mittlerweile reduzierten Form Schürings vorstellte. Die Bebauung sei notwendig, um „Infrastruktur und Sozialstruktur“ zu verbessern, so der Oberbürgermeister.